



„Am wichtigsten ist die Zusammenarbeit“

Im Gespräch mit einer Teilnehmerin des Schweizer „Rat für Armutsfragen“

In einem Interview für die SIÖ schildert Ljilja Tofilovska nicht nur ihre Lebenserfahrungen, sondern zeigt auf, warum Menschen mit Armutserfahrungen bei sozialpolitischen Entscheidungen mitbestimmen sollten und welche Vorschläge sie an die Politik hat. Einen informativen Einblick in Geschichte, Aufbau und Funktion des „Rates für Armutsfragen“ gibt Prof. Dr. Emanuela Chiapparini in ihrem Beitrag in diesem Heft.

SIÖ **Redaktion, Ljilja Tofilovska**

Vorausschickend ein paar Sätze zu Ljilja Tofilovska: Sie ist in Mazedonien aufgewachsen, studierte dort Sprachen sowie Literatur und ging, bevor sie dort als Lehrerin arbeiten sollte, in die Schweiz. Das war vor 40 Jahren. Ihre universitäre Ausbildung wurde jedoch in der Schweiz nicht anerkannt. Mittlerweile spricht sie acht Sprachen und ist auch als Dolmetscherin tätig. Tofilovska war Alleinerzieherin, arbeitete Teilzeit, war ab und an arbeitslos und kam so mit sozialen Einrichtungen in Kontakt. Heute lebt sie in der Stadt Neuenburg/ Neuchâtel im gleichnamigen Kanton, der französischsprachigen Schweiz. Sie ist in verschiedenen Gruppen und Projekten aktiv – u.a. im „Rat für Armutsfragen“. Weiters ist sie in das, vom Schweizer Nationalfondsprojekt geförderte Forschungsprojekt „Peer-Arbeit für armutsbetroffene Personen: Konzept, Einführung und Wirkung“, involviert, das am 1. August 2025 starten wird.

Sie waren eine der Personen, die im «Rat für Armutsfragen» aktiv waren. Wer war in diesem Rat?

Ljilja Tofilovska: Wir waren eine sehr diverse Gruppe aus der ganzen Schweiz, Menschen mit Armutserfahrungen, ein Gremium der Rentner*innen, Sozialhilfebezieher*innen, Working Poor (erwerbstätige Personen, die in Armut leben), und in beratender Funktion waren auch Mitarbeiter*innen bzw. Leiter*innen von Sozialdiensten dabei. Es wurden auf Deutsch und Französisch zu verschiedenen Themen Workshops abgehalten. Mittlerweile gibt es auch einen Bericht über unsere Arbeit.

Wie ist es dazu gekommen, dass Sie ausgewählt wurden?

Ich war bereits in der Nationale Plattform gegen Armut (Anm. siehe Infobox) aktiv und generell seit längerer Zeit

sozialpolitisch engagiert. Mittlerweile bin ich bald im Rentenalter. Aber was mir wichtig ist und was ich erreichen möchte, ist, dass Menschen, die in Armut leben, mehr Rechte bekommen und mitbestimmen können. Sie sollen nicht nur zur ihrer Lebenssituation befragt werden, sondern auch das Sozialsystem mitgestalten und die Sozialpolitik mitbestimmen können.

Ich selbst hatte Ende 2002 einen Arbeitsunfall und bezog bis 2005 noch eine Leistung von der Unfallversicherung. Im Dezember 2005 bekam ich meinen Sohn und war alleinerziehend. Von 2008 bis 2013 arbeite ich Teilzeit und bekam zusätzlich eine Unterstützung von der Sozialhilfe. In dieser Zeit kam ich stärker mit dem Schweizer Sozialsystem in Berührung. Das war eine schwierige und kein angenehme Lebensphase für mich. Aber jeder Mensch hat eine Kraft in Sich, um zu überleben. Für mich ist das Leben eine Schule und ich bin immer eine Studentin geblieben, denn es gibt immer etwas, das man lernen kann. Als alleinerziehende Mutter habe ich später ebenfalls immer wieder Teilzeit gearbeitet und wenn ich keine Arbeit hatte, dann habe ich im Rahmen des Sozialamtes das Programm zur sozio-beruflichen Integration gemacht. Dieses Programm zielt darauf ab, Erwachsenen die Möglichkeit zu bieten, ihre Beschäftigungsfähigkeit zu entwickeln, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre Weiterbeschäftigung zu erleichtern.

Wie hat Ihr Sohn diese Zeit erlebt?

In der Schule, als er noch klein war, wurde er einmal gefragt, was seine Mutter arbeitet und da sagte er: Sie arbeitet für das Sozialamt! Er glaubte, dass ich dort arbeite, dabei bekam ich vom Sozialamt unser Geld. Unter den Folgen unserer Armut hat er sehr gelitten, da wir uns vieles nicht leisten konnten – zum Beispiel die Sportarten, die ihm gefallen hätten. Da gab es diese Freistil-Tretroller, die ihn so faszinierten. Der Roller und die ganze Ausrüstung waren so teuer, dass wir dafür kein Geld hatten. Ähnlich war es mit dem Schifahren. Da blieb eben nur Fußball. Neulich hat er zu mir gesagt, er ist mittlerweile 19 Jahre alt, dass, wenn wir damals nicht so arm gewesen wären, er jetzt ein anderes Leben hätte. Ich habe ihm daraufhin gesagt, dass er diese Zeit als Schulung und Stärkung sehen muss. Man wird dadurch resilienter.

Wie war die Zeit, als Sie Sozialhilfe bezogen haben? Welche Erfahrungen haben Sie da gesammelt?

Zunächst muss ich Folgendes sagen: für mich ist am wichtigsten die Zusammenarbeit, also die Kollaboration. Egal in welchem Bereich - im Leben, in der Arbeit, aber auch im Sozialhilfebereich.

Dann wer weiß besser, was sie brauchen oder sie machen können, als jene Menschen, die betroffen sind? Die Behörden sollten mit den betroffenen Menschen zusammenarbeiten, damit gemeinsam Lösungen erarbeitet werden.

Diese Menschen sind nicht nur als Nummer zu betrachten. Gleichzeitig dürfen jene Menschen, die Hilfe benötigen, auch nicht warten bis sich was bewegt, sondern sie müssen selber aktiv mitgestalten. Mitentscheiden heißt auch Verantwortung übernehmen.

Können Sie das noch etwas genauer erklären?

Bevor ich von mir erzähle, möchte ich noch etwas vorausschicken. Das ist wichtig. Die Aufgabe der Sozialarbeiter*in ist anfangs, zu erklären, was die Voraussetzungen sind und welche Aufgaben ich erfüllen muss und auch welche Rechte ich habe. Das muss jede betroffene Person, die Sozialhilfe beantragen möchte, einfach wissen und das ist oft nicht der Fall.

Bei mir war es so: Ich habe meiner Sozialarbeiterin immer gesagt – ich will so gut es geht, die ganze Vorarbeit machen, Rechnungen und Belege mitnehmen und die finanzielle Aufstellung oder die Anfragen an Weiterbildungseinrichtung und so weiter, selber machen, damit wir mehr Zeit für das Gespräch, also für ein gutes Beratungsgespräch haben. Wie ich schon sagte, habe ich in der Zeit immer wieder nebenher gearbeitet und eine Aufstockung bekommen. Ich war auch in verschiedenen Vereinen ehrenamtlich tätig oder habe Menschen, die Unterstützung benötigen, geholfen. Das mache ich mittlerweile seit 35 Jahren. Zum Beispiel Briefe von Behörden zu lesen, denn diese zu dechiffrieren, ist gar nicht so einfach. Da brauchen manche Leute einfach eine Unterstützung und das sind nicht nur Migrant*innen. In diesen Tätigkeiten habe ich einiges gelernt. Ich habe damals auch zu meiner Sozialarbeiterin gesagt, wenn es Projekte für Sozialhilfebezieher*innen oder armutsbetroffene Menschen gibt, dann möchte ich mitmachen.

Was mir ansonsten sehr geholfen hat, waren Weiterbildungen. Ich habe mich aber auch selber über das Schweizer Sozialsystem informiert und habe recherchiert, was auf der Ebene der Bundesgesetze und was auf jener der Kantone oder Gemeinden geregelt wird. Ende 2019 musste ich mich wieder arbeitsuchend melden, dann kam die Corona-Zeit. Seit März 2021 arbeite ich nun im Sekretariat und Empfang bei COSM. Das ist ein kantonaler Dienst für die Koordination der Integrationspolitik, der auch das interkulturelle Zusammenleben in Neuenburg fördert.

Wie kamen Sie dann zum „Rat für Armutsfragen“?

Das war so: 2018 hat mir meine Sozialarbeiterin mit glänzenden Augen gesagt: Frau Tofilovska, ich habe etwas für Sie. Es handelte sich um ein Projekt von ARTIAS * (Anm. siehe Infobox), bei dem sich verschiedene Expert*innen von Sozialeinrichtungen und Fachhochschulen, sowie Menschen, die von Armut betroffen sind oder waren, zusammengesetzt haben. Das Tolle war, wir wurden gefragt und wir erzählten von unserer Situation als Bezieher*innen von Sozialhilfe und wir diskutierten darüber, wie das



System verbessert werden könnte. Ein Kollege, er war Lehrer, er hatte französisch unterrichtet und war ebenfalls für eine Zeit arbeitslos, der hat beim ersten Treffen ganz erstaunt gefragt: „Ihr fragt uns? Ihr fragt, wie es uns geht?“ Daran kann ich mich gut erinnern - alle haben erfreut gelacht. „Endlich interessiert sich jemand für uns“, hat er dann noch gesagt.

Wir haben uns regelmäßig getroffen und über die Probleme bei der Sozialhilfe gesprochen, zum Beispiel, welche Informationen braucht man, bevor man die Sozialhilfe beantragt, welche während des Bezugs und was ist nach dem Ausstieg vom Sozialhilfebezug notwendig zu wissen. Die Erfahrung in diesen Gesprächen war für mich sehr wichtig. Und das war der Anfang.

Wie ging es dann weiter?

Dann kam die Nationale Plattform gegen Armut. Im Dezember 2019 hat mich die Leiterin des Artias gefragt, ob ich in Bern bei dieser Plattform mitmachen möchte! Mit großer Freude habe ich ja gesagt. Ab Januar 2020 machten wir viele Projekte, wie z.B. „Beteiligung von betroffenen Personen“, da ging es darum, Modelle der Partizipation zu erarbeiten. Im September 2022 haben wir angefangen, uns für das Projekt Rat für Armutsfragen zu treffen. Personen mit Armutserfahrung und andere Expert*innen haben sich getroffen, ausgetauscht und diskutiert. Ich war sowohl in der deutschsprachigen als auch in der französischsprachigen Gruppe. Im Jänner 2024 wurde ein Bericht darüber verfasst. Wichtig ist, dass wir Armutsbetroffene bei den Themen der Armutspolitik nicht nur befragt werden, sondern mitentscheiden können.

Was waren die konkreten Punkte, die sie da besprochen haben?

Wie bereits erwähnt, ist für mich die Weiterbildung ein wichtiges Thema. Leider gibt es oft zu langen Wartezeiten für die Kurse und oft sind es auch nicht die passenden. Ich habe meinen ersten Computerkurs 1994 gemacht und als ich in der Schweiz einen weiteren Kurs besucht habe, war ich mit Menschen in der Gruppe, die hatten weder eine Mailadresse, noch konnten sie ein Mail verfassen.

Das bedeutet, die Niveaus waren sehr unterschiedlich und das wurde anfangs nicht abgeklärt.

Ein anderes Thema ist die Kultur. Ich war stets sehr kulturinteressiert und ich habe über meine Betreuerin immer wieder mal eine Karte bekommen, aber ich habe mich wie eine Bettlerin gefühlt. Ich wusste nicht, welche Angebote es für Sozialhilfeempfänger*innen gibt oder ob wir überhaupt etwas bekommen. Kultur ist sehr wichtig für alles, was Integration betrifft.

Es geht prinzipiell darum, dass Menschen, die arbeitslos sind oder die Sozialhilfe beziehen, richtig informiert wer-

Nationale Plattform gegen Armut

Die Nationale Plattform gegen Armut wurde 2019 vom Bund gemeinsam mit Kantonen, Gemeinden und Organisationen der Zivilgesellschaft ins Leben gerufen. Ihr Ziel ist es, die Wirksamkeit von Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Armut in der Schweiz zu verbessern.

Dazu erarbeitet sie praxisbezogenes Grundlagenwissen, fördert den Austausch und die Vernetzung zwischen verschiedenen Akteur*innen und setzt thematische Schwerpunkte, insbesondere bei der Beteiligung von Betroffenen, der Förderung von Bildungschancen und der Vermeidung von Familienarmut.



<https://www.gegenarmut.ch/projekte>

Bericht "Rat für Armutsfragen in der Schweiz"

Die positive Wirkung von Beteiligung kommt besonders dann zum Tragen, wenn sie auf einer kontinuierlichen Basis steht. Die Nationale Plattform gegen Armut hat darum in Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule und der Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg einen Vorschlag für eine ständige Beteiligungsstruktur erarbeitet.

Über fünfzig armutserfahrene Menschen und ihre Organisationen aus verschiedenen Regionen der Schweiz sowie Fachpersonen aus allen föderalen Ebenen haben mitgewirkt.



https://www.gegenarmut.ch/fileadmin/kundendaten/Gesamtbericht_Beteiligungstruktur_Webversion.pdf

ARTIAS «Association Romande et Tessinoise des Institutions l'Action Sociale»

(ARTIAS) ist eine Organisation, die Akteur*innen im Bereich der Sozialen Arbeit in der Romandie (Westschweiz) und im Tessin vernetzt und unterstützt. ARTIAS hat 2018 in der französischen Schweiz ein partizipatives Programm für Langzeitbeziehende der Sozialhilfe entwickelt. In Kleingruppen konnten Betroffene ihre Bedürfnisse formulieren und Vorschläge zur Verbesserung der Betreuung einbringen. Ziel war es, Beratungsprozesse und die Koordination zwischen verschiedenen Diensten zu optimieren und Stigmatisierung zu bekämpfen.



<https://artias.ch/>

den. Sie müssen sowohl wissen, was sie sich von der Stelle erwarten können, als auch was sie tun müssen. Prinzipiell wünsche ich mir eine allgemeine Beratungsstelle, wo man mit allen Fragen und Problemen hingehen kann, und eine erste Information erhält. Ich stelle mir das wie bei einer Schleuse vor. Von dort aus, werde ich an die passende Behörde oder Stelle weitergeleitet und das nicht nur in Bezug auf Sozialhilfe, sondern auch, wenn es um die Versicherung geht oder es sich um eine Notsituation handelt.

Ein weiterer Punkt ist der Papierkram. Ich habe einmal mit einem Sozialverein verschiedene Workshops für Angestellte und Leiter*innen aus dem Sozialwesen gemacht, es waren auch Politiker*innen aus diesem Bereich dabei. Sie wussten zunächst nicht, dass wir, die Workshopleiter*innen, Armutsbetroffene sind. In einem der Workshops ging es darum zu zeigen, was man alles für Dokumente braucht, um die Sozialhilfe beantragen zu können und wie schwierig es für manche Menschen ist, diese zusammenzubekommen. Die Teilnehmer*innen waren recht erstaunt, wie schwierig das ist, und die Ministerin für Soziales im Kanton Jura war richtig überrascht, als sie erfuhr, dass wir selber Sozialhilfebezieher*innen sind und wir diesen Workshop zusammengestellt haben. Das war wirklich sehr spannend.

Sie hatten also bereits einige Erfahrungen im Umgang mit Verwaltung und Politik gesammelt, bevor Sie im „Rat für Armutsfragen“ kamen. Um auf diesen nochmals zurückzukommen. Welche Themen wurden sonst noch besprochen?

Es ging beispielsweise um die Höhe der finanziellen Unterstützung. Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) gibt Richtlinien für die Höhe der Sozialhilfe vor und jeder Kanton adaptiert das nach eigenen Vorgaben. Jedoch die Höhe ist in den letzten Jahren kaum gestiegen, obwohl das Leben teurer geworden ist. Die Richtlinien für das Wohnungsgeld sind ebenfalls viel zu niedrig. Um dieses Geld findet man heute kaum mehr eine Wohnung. Das gehört geändert. Oder viele Sozialhilfebezieher*innen sind auch verschuldet. Diese werden zwar in der Zeit der Unterstützung ruhend gestellt, jedoch wenn man wieder arbeitet, dann beginnt es von vorn. Schulden waren in den Gesprächsrunden ein Riesenthema, da sie einer der Hauptgründe sind, wieso Menschen im Sozialhilfestatus steckenbleiben. Sie befinden sich dann unter dem sogenannten betriebsrechtlichen Existenzminimum und sind daher auch nicht pfändbar!

Ich finde, es ist wichtig, den Menschen Zeit zum Erholen und Atmen zugeben, wenn sie mal eine Arbeit gefunden haben und sich das Leben wieder neu aufzubauen beginnen, und nicht gleich wieder die Last der Schulden auf sie zu laden.

Ein anderes Thema ist, dass viele Migrant*innen die Sozialhilfe nicht beantragen, da sie Angst haben, die Auf-

enthaltbewilligung zu verlieren. Sie nehmen lieber jede noch so prekäre Arbeit an. Sogar bei der Einbürgerung wird gefragt, ob man selbst oder die Eltern Sozialhilfe bezogen haben. Mein Sohn hat das bei seinem Einbürgerungsantrag angeben müssen. Er hat das als sehr erniedrigend und unangenehm empfunden, denn er konnte ja nichts dafür und hat ja keine bezogen.

Warum interessiert sich das Einbürgerungsamt dafür, ob die Eltern Sozialhilfe bezogen haben?

Gute Frage. Das sollte es auch nicht, 2018 wurde das aber gesetzlich so entschieden. Es gibt in der Schweiz eine medial aufgebauchte Diskussion über Sozialhilfe und Sozialbetrug. Obwohl nur ein ganz kleiner Prozentsatz die Sozialhilfe missbräuchlich bezieht, wird das immer hergenommen und die rechten Parteien stürzen sich darauf, um die Menschen mit ausländischen Wurzeln zu diskreditieren. Sowohl beim Antrag auf Staatsbürger*innenschaft als auch bei der Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung findet sich folgende Formulierung: „Kein Bezug von Sozialhilfeleistungen während des 3-Jahres-Zeitraums vor der Antragstellung oder während des Verfahrens, es sei denn, der erhaltene Betrag ist vollständig zurückgezahlt.“

Bereits 2018 habe ich gesagt, dass die Anfrage an Sozialunterstützung prozentual kleiner werden wird, da Migrant*innen Angst haben werden, die Aufenthaltsbewilligungen zu verlieren!

Welche Alternativen würde es da geben – worüber haben Sie da im „Rat für Armutsfragen“ diskutiert?

Das lief unter den Stichworten „Reformen und Anpassungen der Sozialversicherung“. Generell ist die heutige Sozialhilfe ein veraltetes Modell der 1970er Jahre. Damals ging man davon aus, dass es bestimmte Personengruppen treffen würde wie marginalisierte Personen oder jene mit Drogenproblemen. Heute kann es jedoch jede Person treffen.

Generell bezeichne ich die Sozialhilfe lieber als einen administrativen Kredit, denn die Bezieher*innen müssen, wenn es ihnen ökonomisch wieder besser geht, diese wieder zurückzahlen. Manche Kantone fordern sie auch aktiv ein. Das belastet natürlich viele Familien und Personen. Eine Forderung wäre, dass man es nicht zurückzahlen muss.

Besser wäre es jedoch, jede Person bekäme ein Grundeinkommen. Richtlinie der Höhe wäre das Budget, das man in einem Monat so braucht – auch wenn nicht alle Menschen die gleichen Bedürfnisse haben oder in der gleichen Lebenssituation sind. So ein Basiseinkommen wäre zumindest eine Grundlage. Ich denke mir, das zu erreichen, wäre ein schönes Ziel. Dazu müssten alle zusammenarbeiten und dieses Modell unterstützen, um so bessere Lebensverhältnisse für alle zu erhalten.